

MONIKA STEMMER

STAAT
MACHT
GELD

WESTEND

Modern
Monetary
Theory
oder

das Ende der schwarzen Null

W E S T E N D

MONIKA STEMMER

STAAT MACHT GELD

Modern Monetary Theory oder
das Ende der schwarzen Null

WESTEND

Mehr über unsere Autor:innen und Bücher:
www.westendverlag.de

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.



ISBN 978-3-86489-368-1
© Westend Verlag GmbH, Frankfurt / Main 2023
Umschlaggestaltung: Buchgut, Berlin
Satz: Publikations Atelier, Dreieich
Druck und Bindung: Pustet, Regensburg
Printed in Germany

Inhalt

Vorneweg	9
Einleitung	
Geld ist der Schlüssel zum Verständnis von Wirtschaft, Krisen, Wachstum und Verteilung	11
I Die vier Grundtatsachen unseres Geldsystems	17
1. Der Staat hat das Währungsmonopol und schöpft unbegrenzt Fiatgeld	18
2. Die Steuern geben der staatlichen Währung ihren Wert	21
3. Banken schöpfen ein Geld zweiter Ordnung, das Geld auf unseren Girokonten	26
4. Alles Geld entsteht in Bilanzen – gemeinsam mit einer gleich hohen Schuld	33
II Der Bankkredit schafft Krisen – der Staat sorgt für Stabilität	45
1. Kreditgeld ermöglicht Wachstum und Wohlstand	45
2. Kreditgeld erzeugt Instabilität und Krisen	48
3. Der Staat muss die Wirtschaft mit seiner Geldschöpfung stabilisieren	55
4. Staaten finanzieren Banken, nicht umgekehrt	57
5. Banken müssen endlich streng reguliert werden	60
III Der Staat macht das Geld und ist kein Schuldner wie andere	63
1. Staatliche Defizite sind private Guthaben: Die Corona-Krise macht die Reichen reicher	63
2. Staatsschulden werden nicht zurückgezahlt	67

3.	Staatsanleihen sind nicht nötig zur Staatsfinanzierung, sondern für den Leitzins	71
4.	Hinter jeder sicheren Rente steht der Staat	77
5.	Ein Staat kann nicht pleitegehen – außer er verschuldet sich in fremder Währung	81
IV	Die Eurozone hat sich selbst kastriert	87
1.	Der Euro trennt, was zusammengehört: Geldpolitik, Fiskalpolitik, Demokratie	87
2.	Geldschöpfungshürden: Schuldenobergrenzen und der Spread	92
3.	Trotz Staatsfinanzierungsverbot: Nur die EZB kann die Eurostaaten finanzieren	96
4.	Italien hat den Euro zu teuer bezahlt	98
5.	Zum Wohle aller: In Deutschland müssen die Löhne steigen – und die Importe	101
6.	Exportüberschüsse sind falsch verstandene Stärke – und Gift für Europa	107
7.	Antizyklische Geldschöpfung für die Eurozone!	109
8.	Deutsche Haftungsängste und das Ende des Euro	115
V	Inflation – wie gefährlich ist sie und was hilft?	121
1.	Inflation ist ein komplexes Phänomen	121
2.	Die Rolle von Regierung, Zentralbank und Banken	124
3.	Krieg, Fremdwährungsschulden und Inflation	127
4.	Erhöhte Preise durch Angebotsschocks und Knappheit	131
5.	Nachfrage-Inflation: Die Lohn-Preis-Spirale der 1970er Jahre	135
6.	Inflation, Wachstum und steigender Wohlstand in Italien	140
7.	Die Bundesbank und die unnötige Rezession der 1990er Jahre	142
8.	Der Leitzins ist ein einseitiges und brutales Werkzeug	144
9.	Eine bessere Geldpolitik ist möglich: Steuern statt Leitzins!	147

VI Zukunftschancen und Wachstumsschmerzen	151
1. Die Jobgarantie: gegen Inflation, für sozialen Frieden und politische Utopien!	151
2. Ökosystem Erde und ein Wirtschaftssystem, das wachsen muss	157
3. Kann Wachstum grün, nachhaltig und verträglich sein?	160
4. Nur der Staat kann sich von Gewinn und Wachstum unabhängig machen	163
Glossar	167
Bibliographie	173
Anmerkungen	181

*Gewidmet meinen Freundinnen,
die keine Bücher über Wirtschaft lesen,
es aber trotzdem immer wissen wollen.*

Vorneweg

Dieses Buch stützt sich auf die Forschung, die MMT-Ökonom:innen seit den 1990er Jahren geleistet haben, darunter L. Randall Wray, Warren Mosler, Stephanie Kelton und Pavlina Tcherneva in den Vereinigten Staaten sowie Bill Mitchell in Australien. Insbesondere stütze ich mich auf die Arbeit von Dirk Ehnts, dem wichtigsten Vertreter dieser Strömung in Deutschland. Aus seinem Buch *Geld als Kredit: eine €-päische Perspektive* habe ich die Darstellung in Form von T-Konten zur Illustration einiger Phänomene übernommen, ebenso wie das kanadische Beispiel als einfachste Form staatlicher Geldschöpfung. Darüber hinaus hat Dirk Ehnts dieses Projekt mit seiner Bereitschaft, offene Fragen zu beantworten und einige Zweifel auszuräumen, freundlich unterstützt, wofür ich ihm ganz herzlich danke. Schließlich greift das vorliegende Buch auf die Erkenntnisse zahlreicher weiterer postkeynesianischer Autor:innen zurück, die unsere Wirtschaft im Gegensatz zur neoklassischen Mainstream-Ökonomik als ein dynamisches und krisenanfälliges System zur Kenntnis nehmen und empirisch beschreiben. Besonderer Dank gilt Ulrike Herrmann, die auch dort weiterdenkt, wo das Wirtschaftswachstum aus ökologischen Gründen enden muss und die meisten Postkeynesianer:innen der Mut verlässt.

Einleitung

Geld ist der Schlüssel zum Verständnis von Wirtschaft, Krisen, Wachstum und Verteilung

Woher kommt das Geld? Wieso ist es meist knapp, aber in Krisen auf einmal schier unbegrenzt verfügbar? Woher nimmt die Bundesregierung in der Corona-Pandemie und der Energiepreiskrise auf einmal Hunderte Milliarden von Euro? Wer schöpft dieses Geld – Regierungen, Zentralbanken oder Banken? Könnten sich unsere Gesellschaften auch in normalen Zeiten mehr leisten? Und wenn ja, wie viel? Unter welchen Umständen entsteht Inflation und wie geht man gegen sie vor? Müssen unsere Kinder die Staatsschulden von heute später einmal zurückzahlen? Erstaunlich wenige Menschen haben Antworten auf diese Fragen, obwohl Geld eine so wichtige Rolle in der Wirtschaft spielt und ebenso im Leben von uns Einzelnen. Das vorliegende Buch schafft Abhilfe, indem es unser Geldsystem als Ganzes, mit all seinen Akteuren analysiert, nach den neusten empirischen Erkenntnissen der »Modern Monetary Theory«, kurz MMT.

Diese Moderne Geldtheorie ist ein wunderbarer, nachvollziehbarer Einstieg in wirtschaftliche Zusammenhänge, auch für all diejenigen ohne ökonomische Vorbildung. Sie liefert eine solide Basis, von der aus sich viele politische Fragen besser verstehen lassen, wie zum Beispiel: Wieso muss der Staat die Privatwirtschaft immer wieder retten? Wieso hat die Corona-Krise die Reichen reicher gemacht? Wieso ist die Privatisierung der Rente eine schlechte Idee? Wieso haben sich in Italien die Rechtspopulist:innen durchgesetzt? Wieso ist die EU durch den Euro nicht zusammengewachsen, sondern tiefer gespalten denn je? Aber auch was den Elefanten im Raum – die Klima-Krise – angeht, ist ein grundlegendes Verständnis unseres Geldsystems absolut unverzichtbar. Denn es zeigt, dass hinter dem Wachstumszwang mehr steckt als individuelle Gier oder kollektive Bequemlichkeit. Das Geld hilft uns, die Funktionsweise und Dynamik unserer kapitalistischen Wirtschaft zu begreifen. Und nur mit diesem Verständnis haben wir

eine Chance, sie sinnvoll zu steuern – ohne unkontrollierte ökonomische und gesellschaftliche Zusammenbrüche zu erzeugen.

Egal was uns also persönlich besonders umtreibt – soziale Gerechtigkeit und demokratische Teilhabe, die Angst vor Arbeitslosigkeit, Inflation, die Sorge um das europäische Friedensprojekt oder die Bedrohung durch den Klimawandel –, dieses Buch versucht, die wirtschaftlichen Hintergründe zu vermitteln sowie aufzuzeigen, was der Staat mit den ihm zur Verfügung stehen Instrumenten leisten könnte – und wo seine Grenzen liegen.

Außerdem ermöglicht die Geldperspektive, sich eine eigene Meinung zu bilden, oder für die Vorgebildeten, die eigenen ökonomischen Annahmen zu überdenken. Denn Geld ist keine Ansichtssache, sondern kann empirisch erforscht werden: Es entsteht und bewegt sich (mit Ausnahme des Bargelds) in Bilanzen. Gesetze und Bilanzierungsvorschriften regulieren die Geldschöpfung von Banken und Zentralbanken. Die Beschreibung des Geldsystems, wie die MMT sie vornimmt, ist daher falsifizierbar – ein absolutes Alleinstellungsmerkmal bei Wirtschaftstheorien. So erzählt die amerikanische Ökonomin und einflussreiche MMT-Vertreterin Stephanie Kelton folgende Geschichte: »Als mir ein Kollege vor vielen Jahren bei einer Dinnerparty zum ersten Mal von moderner Geldtheorie erzählte, dachte ich: Der spinnt! Dann habe ich mir von der Regierung und der Fed alle Zahlen besorgt und angefangen, einen wissenschaftlichen Aufsatz zu schreiben mit dem Ziel, die Thesen des Kollegen zu widerlegen. Das Problem war nur, dass ich am Ende feststellen musste: Der Mann hat recht.«¹ Dagegen zeigt sich, dass die neoklassische Mainstream-Geldtheorie, die nach wie vor in vielen Ökonomie-Lehrbüchern steht, praxisfremd und in ihren elementarsten Annahmen schlichtweg falsch ist. Diese Einschätzung kann man auch den Publikationen der Zentralbanken selbst entnehmen.²

Das Verständnis von Geld verhilft uns somit auch zu einem Beurteilungsmaßstab für die unterschiedlichen ökonomischen Schulen, die jeweils weitreichende politische Konsequenzen haben: höhere oder niedrigere Steuern auf Einkommen oder Gewinne, mehr oder weniger Sozialleistungen, die Höhe von Bildungsausgaben und Subventionen, die Entscheidung zwischen privaten oder öffentlichen Gesundheits- und Rentensystemen, zwischen regulierten oder unregulierten

Finanzmärkten. Die jeweils gültigen ökonomischen Glaubenssätze wirken national wie global und haben weitreichende Folgen für Wohlstand, Verteilung, Entwicklung und Nachhaltigkeit, die uns alle in irgendeiner Form betreffen. Volkswirtschaftliche Theorien sind daher nicht nur etwas für verschrobene Nerds, sondern für alle, denen die Entwicklung unserer Gesellschaft am Herzen liegt.

Ältere Leser:innen erinnern sich noch an den großen ökonomischen Paradigmenwechsel Anfang der 1980er Jahre und die darauf folgende langsame Durchlöcherung sozialer Errungenschaften. Damals wurde der Wirtschaftswunder-Keynesianismus von der Neoklassik abgelöst. Der wichtigste Streitpunkt zwischen diesen beiden großen Schulen ist die Frage, in welchem Verhältnis Markt und Staat zueinanderstehen. Seit bald 100 Jahren ringen die marktgläubigen, neoliberalen »rechten« Neoklassiker:innen und die eher staatsgläubigen »linken« (Post-)Keynesianer:innen³ um die Deutungshoheit.⁴ Viele von uns haben instinktive Sympathien für die eine oder andere Seite. Aber die allerwenigsten von uns können die unterschiedlichen ökonomischen Modelle kompetent beurteilen.

Die hier vorgestellte Modern Monetary Theory steht in der keynesianischen Tradition. Doch da sie sich der Volkswirtschaft von der Geldseite nähert, muss niemand irgendwelche Behauptungen unbezogen glauben. In einem rein deskriptiven Ansatz haben die MMT-Ökonom:innen in den letzten Jahrzehnten im Detail erforscht, wie Geldschöpfung, Staatsanleihen und Besteuerung in verschiedenen Ländern und Währungsräumen organisiert sind.

Vor allem zeigt uns die MMT, dass der Staat mehr Spielraum bei der Verfolgung seiner politischen Ziele hat. Denn er erzeugt über sein Geld- und Steuersystem einen Kreislauf, durch den er die ganzen Ressourcen des Landes nutzbar machen kann. Geld ist für den Staat nicht knapp: Alles, was mit den verfügbaren Materialien, Rohstoffen und Arbeitskräften real umgesetzt werden kann, lässt sich auch finanzieren. Die Grenze ist nicht das Geld, sondern die materiellen Ressourcen. In Wahrheit handelt es sich »bei den meisten Zwängen, von denen Regierungen gegenwärtig annehmen, sie kämen von internationalen Märkten, in Wirklichkeit um selbst auferlegte Beschränkungen [...], die auf einem falschen Verständnis der Natur von Staatsdefiziten beruhen«,⁵ so der MMT-Ökonom L. Randall Wray. Denn wichtig sind

allein die Phänomene Arbeitslosigkeit und Inflation, die erstaunlich unabhängig von der Staatsschuld auftreten.

MMT-Ökonom:innen sind auch die Einzigen, die sich in den letzten Jahrzehnten intensiv mit den Themen Inflation und Preisstabilität auseinandergesetzt haben. Dabei haben sie normative Vorschläge zur besseren Steuerung der Geld- und Fiskalpolitik entwickelt. Einer davon ist die fast schon utopisch klingende Arbeitsplatzgarantie als ergänzendes Sozialsystem, finanziert über das staatliche Währungsmonopol und realisiert auf der Ebene der Kommunen. So würden Konjunktur und Arbeitsmarkt in beide Richtungen abgepuffert sowie Nachfrage und Preise stabilisiert. Natürlich hätte ein garantiertes Recht auf Arbeit zudem weitreichende soziale Folgen: Menschen müssten weniger Angst vor der Zukunft haben, Gesellschaften würden wieder solidarischer, in den Kommunen und in abgehängten Regionen bekämen die Zivilgesellschaften erstaunliche Gestaltungsspielräume. Auf europäischer Ebene würde eine solche Jobgarantie zu Ausgleich und Befriedung führen, als das fiskalische Element, das dem Euro seit seiner Gründung fehlt. Zudem könnte sie in Zukunft dabei helfen, den Übergang in eine Wirtschaftsordnung jenseits der Wachstumslogik abzufedern.

Aber hier sind wir bereits knietief im Bereich der politischen Zukunftsvisionen, die man teilen kann – oder auch nicht. Alle, die es weniger utopisch mögen, können aus der vorgelegten Analyse des Geldsystems ihre eigenen Schlussfolgerungen ziehen. Ganz allgemein gesprochen enthält dieses Buch eine gute Nachricht: Wenn unsere Regierungen ihr eigenes Geldsystem nur richtig verstehen und steuern, besitzen sie beachtliche Handlungsspielräume: in der jeweils akuten globalen Krise, im Falle von Inflation oder Arbeitslosigkeit, bei der Gestaltung des Euros und sogar bei der Umstellung auf ein nachhaltiges Wirtschaftsmodell.

Staaten sind nun einmal in Anbetracht der globalen Herausforderungen die einzigen wirkungsmächtigen Akteure, sofern wir das Spielfeld nicht den transnationalen Konzernen überlassen. In demokratischen Gesellschaften können wir zumindest auf die Richtung, die wir nehmen wollen, Einfluss nehmen. In diesem Sinne wünsche ich mir, dass das vorliegende Buch möglichst vielen Menschen hilft, die volkswirtschaftlichen Hintergründe der Probleme, die uns umtreiben, besser zu verstehen. So lässt sich die ganze Bandbreite der pragmati-

schen und utopischen Maßnahmen überblicken, die wir Wähler:innen sinnvollerweise von unseren Regierungen fordern können – auf dass wir unsere demokratischen Gestaltungsmöglichkeiten voll ausschöpfen und die besten Lösungen für die kommenden Herausforderungen und Krisen finden mögen.